

## Niederschrift

### Sitzung des Rates der Stadt Borkum

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 20.12.2018, 18:00 Uhr
<b>Raum, Ort:</b>	Ratssitzungssaal, Neue Straße 1, 26757 Borkum
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:20 Uhr

---

#### Anwesenheit

##### anwesend:

##### Vorsitz

Jürgen Müller - stellv. Vorsitzender

##### Mitglieder

Peter de Buhr -

Andree Ebner -

Dr. Monika Harms -

Melanie Helms -

Jürgen Hömberg -

Sören Hüppe -

Jörg Kaja -

Barbara Könzgen-Byl -

Georg Lübben -

Bürgermeister

Christian Ohlsen -

Ewald Pupkes -

Jochen Rau -

##### Geschäftsführung WBB

Göran Sell -

GF NSHB

##### Von der Verwaltung

Frank Pahl -

Abtl. I

Joachim Bakker -

Abtl. III

Volker Hosemann -

Stadtbaumeister

Waltraud Ulpts -

Protokoll

## abwesend:

### Mitglieder

Cornelius Akkermann -	entschuldigt
Georgios Atsidakos -	entschuldigt
Karl Jansen -	entschuldigt
Eldert Sleeboom -	entschuldigt

### Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit, Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.09.2018
- 4 Kenntnissgaben
- 5 Sitzverlust eines Ratsmitgliedes und Verpflichtung des Nachfolgers
- 6 Umbesetzung des Verwaltungsausschusses
- 7 Antrag der Fraktion Borkums freie Liste:  
Auflösung des Sportausschusses  
Drucksache: XVIII/0392
- 8 Umbesetzung der Ausschüsse
- 9 Genehmigung über- bzw. außerplanmäßiger Ausgaben gem. § 117 NKomVG
- 10 Bestimmung des Wahltages zur Direktwahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters sowie Bestimmung des Gemeindevahlleiters und deren Vertretung  
Drucksache: XVIII/0349
- 11 Neufassung der Satzung der Stadt Borkum über die Sondernutzung an Gemeindestraßen (Sondernutzungssatzung) und Neufassung der Straßensondernutzungsgebührensatzung sowie Änderung der Richtlinien  
Drucksache: XVIII/0348
- 12 Einrichtung einer Fußgängerzone in der oberen Strandstraße  
Drucksache: XVIII/0357-1
- 13 Grundstücksangelegenheiten
- 14 Anfragen und Anregungen
- 15 Anfragen der Zuhörer(innen)

## Protokoll

---

### **1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Anwesenheit, Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Anwesenheit fest. Der Rat ist beschlussfähig.

---

### **2. Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

---

### **3. Genehmigung der Niederschrift vom 20.09.2018**

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass unter Punkt 10 das Abstimmungsergebnis nicht richtig wiedergegeben wurde.

Richtig muss es heißen: 11 Jastimmen und 4 Neinstimmen.

Die Niederschrift vom 20.09.2018 mit der vorstehenden Änderung wird einstimmig genehmigt.

---

### **4. Kenntnisgaben**

Beim letzten Insularen Erfahrungsaustausch der Bürgermeister und Vertreter am 22.11.18 auf Wangerooge wurde das Thema Nationalpark/Jagdverträge umfassend diskutiert. Der Borkumer Antrag wurde von drei Ratsfraktionen vorgetragen. Außerdem wurde ein von Borkum erarbeiteter Entwurf eines Schreibens beraten, dessen wesentlicher Inhalt war, keine weiteren Einschränkungen hinzunehmen.

Es wurde beschlossen, dass alle Bürgermeister gemeinsam mit Umweltminister Lies zunächst ein Gespräch führen. Gleichzeitig wurde gefordert, dass die Inselvertreter zahlreicher im Nationalparkbeirat vertreten sind.

BM Lübben berichtet weiter, dass er in der Sitzung des Nationalparkbeirats am 27.11.18 in Wilhelmshaven von den Ergebnissen des Insularen Erfahrungsaustauschs berichtet und ausdrücklich davor gewarnt hat, den seinerzeit ausgehandelten Nationalparkkompromiss durch Forderungen und Einschränkungen in Frage zu stellen.

---

### **5. Sitzverlust eines Ratsmitgliedes und Verpflichtung des Nachfolgers**

Herr Jürgen Hömberg hat mit Schreiben vom 10.10.2018 sein Ratsmandat aufgegeben.

Der Rat stellt fest, dass Herr Hömberg seinen Sitz im Rat gem. § 52 NKomVG durch Aufgabe verloren hat.

Einstimmiger Beschluss

Bürgermeister Lübben würdigt die Tätigkeiten von Herrn Hömberg und dankt ihm für seinen langjährigen Einsatz im Rat und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Gem. § 43 NKomVG wird Herr Daniel Ohlsen auf die aus den §§ 40 bis 42 NKomVG resultierenden Pflichten hingewiesen.

BM Lübben verpflichtet Herrn Ohlsen förmlich nach § 60 NKomVG.

---

## **6. Umbesetzung des Verwaltungsausschusses**

RH Daniel Ohlsen übernimmt den Sitz im Verwaltungsausschuss.

RH de Buhr wird Mitglied im Verwaltungsausschuss, RH Rau wird stellv. Mitglied.

RH Ebner wird stellv. Mitglied für RH Hüppe.

Der Rat stellt die Änderungen einstimmig fest.

---

## **7. Antrag der Fraktion Borkums freie Liste: Auflösung des Sportausschusses Drucksache: XVIII/0392**

RH Rau verweist auf die Beratungen in der letzten Sitzung des Sportausschusses und den daraus resultierenden Antrag der Fraktion Borkums freie Liste, den Sportausschuss aufzulösen und künftig dem Ausschuss für Jugend, Soziales, Kultur und Gesundheit zuzuordnen. Die Verteilung der Sportfördermittel sowie die Sportlerehrung soll künftig direkt im VA erfolgen.

Der Vorschlag wird vom Bürgermeister befürwortet.

RH C. Ohlsen spricht sich ebenfalls für die Auflösung des Sportausschusses aus, vertritt allerdings die Auffassung, dass künftig eine Angliederung an den Schulausschuss erfolgen sollte.

Die SPD ist der Meinung, dass hier die fachliche Zuordnung besser wäre, da beide Ausschüsse von Herrn Pahl betreut werden.

BM Lübben hält es für falsch, so zu verfahren. Er weist darauf hin, dass der Schulausschuss ein Ausschuss nach sondergesetzlichen Vorschriften ist und stimmberechtigte Mitglieder enthält, die aber nur in schulischen Angelegenheiten mitstimmen dürfen. Außerdem ist Herr Pahl als allgemeiner Vertreter in allen Angelegenheiten involviert und wird dann auch am Sozialausschuss teilnehmen.

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt, den Sportausschuss aufzulösen.

### **Einstimmiger Beschluss**

Der Sozialausschuss erhält künftig die Bezeichnung:  
„Jugend, Soziales, Kultur, Sport und Gesundheit“.

**12 Jastimmen, 1 Enthaltung**

---

## **8. Umbesetzung der Ausschüsse**

Laut Mitteilung der Fraktion „Bündnis90 Die Grünen“ übernimmt RH Daniel Ohlsen alle Ausschusssitze von Herrn Hömberg und wird Vorsitzender des Verkehrsausschusses.

Beratendes Mitglied im Bauausschuss wird Frau Anita Frank.

Beratendes Mitglied im Verkehrsausschuss wird Herr Gerold Wemjes.

Der Rat stellt einstimmig die Umbesetzung fest.

---

**9. Genehmigung über- bzw. außerplanmäßiger Ausgaben gem. § 117 NKomVG**

keine

---

**10. Bestimmung des Wahltages zur Direktwahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters sowie Bestimmung des Gemeindevahlleiters und deren Vertretung  
Drucksache: XVIII/0349**

Bürgermeister Lübben gibt zunächst die nachstehende Erklärung ab:

„Sehr geehrte Damen und Herren;

Die Bürgermeisterwahlperiode endet am 31.10.19.

Ich hatte versprochen, dass ich mich in dieser Ratssitzung erkläre, ob ich noch einmal für das Amt des Bürgermeisters kandidiere. Vielen Dank, dass Sie mir die Zeit gegeben haben, mich zu erklären.

Mir fällt das heute schwer, mich hier zu äußern, denn ich bin sehr gerne Bürgermeister dieser tollen Insel mit ihren fantastischen Menschen.

Es fällt mir auch deshalb schwer, weil mir die Arbeit mit hervorragenden Mitarbeitern, da schließe ich die GmbH mit ein, mit Ihnen, dem Rat, und auch regional und überregional sehr viel Freude bereitet hat und weiterhin bereitet.

Ich glaube auch, dass wir zusammen viel erreicht haben und dass die Insel gut dar steht, auch wenn noch einiges zu tun ist. Das wird nicht nur auf der Insel, sondern auch überregional beim Landkreis, Land und Bund wahrgenommen. Auch die Zusammenarbeit mit meinen Bürgermeisterkollegen der Inseln und im Landkreis klappt hervorragend. Borkum wird wahrgenommen und wir konnten einiges bewegen.

Dies alles spricht für eine Kandidatur.

Die nächste Wahlperiode dauert allerdings 7 Jahre. Ich wäre dann am Ende der Wahlperiode 70 Jahre alt. Das ist mir - auch nach Rücksprache mit meiner Familie und mit Freunden - schlicht zu lang, auch wenn ich heute fit bin. Ich bin auch der Meinung, dass das Amt vollen Einsatz erfordert. Das können die Menschen erwarten.

Ich bin auch kein Freund davon, zu kandidieren um dann nach 2 oder 3 Jahren aufzuhören. Dies wird den Wählerinnen und Wählern nicht gerecht.

Ich habe mich daher entschlossen, auf eine Kandidatur zu verzichten und bitte um Verständnis.

Überflüssig zu sagen, dass ich mich bis zum Ende meiner Wahlzeit weiter mit aller Kraft einsetze.“

Der Verwaltungsausschuss hat die Empfehlung ausgesprochen, den Wahltag auf den 26.05.19 festzusetzen.

Als Termin für eine mögliche Stichwahl wird der 16.06. vorgeschlagen.

BM Lübben weist darauf hin, dass auch ein späterer Termin im September für den Wahltag möglich wäre, um den Kandidaten einen längeren Zeitraum für die Kandidatur zu geben.

Denkbar wäre der 1.9. oder der 8.9.19. Die Stichwahl wäre dann nach den gesetzlichen Vorschriften zwei Wochen später.

RH Müller dankt dem Bürgermeister für seine offenen Worte.

RF Dr. Harms weist darauf hin, dass die Parteien und mögliche Kandidaten mehr Vorlaufzeit benötigen und beantragt, den Wahltag auf den 01.09. festzusetzen.

RH Rau bedankt sich beim Bürgermeister für die klaren Worte und spricht sich ebenfalls für einen Wahltermin im September aus.

RH Müller gibt seinen Vorsitz ab und erklärt, dass man sich innerhalb der SPD lange mit der Thematik befasst hat und zu dem Ergebnis gekommen ist, dass der Wahltag auf den 26.05. festgesetzt werden sollte.

Durch die Zusammenlegung der Europawahl und der Bürgermeisterwahl würde eine Kostenersparnis erzielt. Außerdem verspricht man sich davon eine Belebung der Europawahl.

Außerdem sollte man die berufliche Situation eines Kandidaten berücksichtigen. Es wäre sehr schlecht, wenn der gewählte Kandidat erst im September seinem Arbeitgeber mitteilen kann, dass er ein neues Arbeitsverhältnis eingehen wird.

Seitens der SPD wird es für gut befunden, wenn der Bürger schon möglichst frühzeitig weiß, wie es nach dem 31.10. weitergehen soll. Der Vorschlag der Verwaltung ist daher sinnvoll und sollte als Wahltermin festgesetzt werden.

RH de Buhr kann den Argumenten der SPD nicht folgen. Höhere Kosten sollten bei einer solch wichtigen Entscheidung keine Rolle spielen. Er weist aber darauf hin, dass am 01.09. noch Ferien sind.

RF Dr. Harms schlägt vor, den Wahltag auf den 08.09.2019 festzusetzen.

### **Beschluss:**

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

1. Der Wahltag zur Wahl der Bürgermeisterin/des Bürgermeisters wird auf dem 26.05.2019 festgesetzt.

**5 Jastimmen und 8 Neinstimmen. Damit ist der Vorschlag abgelehnt.**

Der Antrag, den Wahltag zur Wahl des Bürgermeisters auf den 8.9.2019 festzusetzen, wird **mit 8 Jastimmen und 5 Neinstimmen angenommen.**

2. Der Rat bestimmt Herr Frank Pahl als Gemeindewahlleiter und Herrn Joachim Bakker als stellv. Gemeindewahlleiter.

**Einstimmiger Beschluss**

---

**11. Neufassung der Satzung der Stadt Borkum über die Sondernutzung an Gemeindestraßen (Sondernutzungssatzung) und Neufassung der Straßensondernutzungsgebührensatzung sowie Änderung der Richtlinien**  
**Drucksache: XVIII/0348**

### **Beschluss:**

Der Rat beschließt die der Drucksache 348 anliegende Satzung der Stadt Borkum über die Sondernutzung an Gemeindestraßen.

**Einstimmiger Beschluss**

Der Rat beschließt die der Drucksache Nr. 348 anliegende Straßensondernutzungsgebührensatzung der Stadt Borkum.

**Einstimmiger Beschluss**

---

**12. Einrichtung einer Fußgängerzone in der oberen Strandstraße**  
**Drucksache: XVIII/0357-1**

RH Rau erklärt, dass er sich gegen die Einrichtung der Fußgängerzone entscheiden wird. Es handelt sich hier um eine weitreichende Entscheidung und der Bürger wird nur durch zusätzliche Schilder verwirrt. Der Alternativweg am Neuen Leuchtturm wird nicht entsprechend wahrgenommen und die Hauptverbindung zum Strand ist die Strandstraße.

Auch die untere Strandstraße führt schon zu Verwirrungen, da es unterschiedliche Befahrensregelungen gibt.

Die Zeiten für den Lieferverkehr entsprechen nicht den Ankunftszeiten der Fähren.

Die Belieferung der Kliniken soll über die Goethestr. erfolgen. Der Ausbau der Straße entlang des Miramar wurde zunächst zurückgestellt. Der Verkehr muss also über die Goethestraße zurückgeführt werden, was zu zusätzlichen Belastungen führt.

Außerdem würden die Parkplätze am Leuchtturm entfallen, die gerade in der Winterzeit von älteren Bürgern in Anspruch genommen werden.

Auch der Georg-Schütte-Platz erfährt eine zusätzliche Belastung durch den Lieferverkehr, der aus dem Kurviertel kommend über den Georg-Schütte-Platz in den nördlichen Stadtbereich fahren muss.

RH Rau kann sich generell eine Sperrung der Strandstraße erst dann vorstellen, wenn eine Lösung für den Bahnhofsbereich gefunden ist und ein Verkehrskonzept für das Kurviertel vorliegt.

Auch RF Helms spricht sich gegen eine weitere Fußgängerzone mit einer anderen Verkehrsregelung aus.

Sie weist auf die ungenügenden Kontrollen hin. Radfahrer werden jetzt schon nicht angehalten und eine dritte Fußgängerzone würde nur noch mehr Verwirrung stiften.

RH C. Ohlsen stimmt den Ausführungen von RH Rau bezüglich der zusätzlichen Verkehrsbelastungen zu, befürwortet aber die Einrichtung der Fußgängerzone, wenn diese zunächst nur für ein Jahr probeweise eingerichtet wird. Außerdem sollten die Parkplätze für Kurzzeitparker am Georg-Schütte-Platz ausgeweitet und der Bau der Entlastungsstraße nicht aus den Augen verloren werden.

RH de Buhr spricht sich dafür aus, den Fahrradverkehr zuzulassen.

Er weist darauf hin, dass durch die neue Bahnanbindung im Monat Juli 7.157 Tagesgäste (53 %) zusätzlich auf die Insel gekommen sind, die alle ein Fahrrad benutzen. Eine Entlastung über den neuen Radweg konnte bislang nicht festgestellt werden.

RH de Buhr hält es für zwingend erforderlich, dass man sich auch über die steigenden Fahrradzahlen Gedanken machen muss. Eine Entlastungsstraße am Miramar wäre seiner Auffassung nach sinnvoll.

RH Ebner stellt fest, dass alles bislang nur Spekulationen sind und spricht sich dafür aus, die Fußgängerzone probeweise für ein Jahr einzurichten.

RH Hüppe spricht sich ebenfalls für eine temporäre Lösung aus. Er regt an, ein genaues Konzept zu erstellen, wann und wo gezählt wird. Bestenfalls sollte jeden Monat eine Zählung erfolgen um zu analysieren, wo der Verkehr abfließt und auch zu ermitteln, wie sich die Sperrung auf die Jann-Berghaus-Straße auswirkt. Es könne nicht angehen, dass die LKW den ganzen Tag vor den Hotels dort hin und her fahren.

RH Hüppe schlägt vor, den Beschluss auf ein Jahr zu beschränken. Außerdem sollte dem Rat die Analyse vorgestellt werden. Wenn dies nicht erfolgt, sollte die Fußgängerzone wieder aufgehoben werden.

Von Herrn Bakker wird berichtet, dass die Teileinziehung bekannt gemacht wurde. Lediglich zwei Eingaben von Bürgern sind erfolgt. Er bestätigt, dass es ein Fahrradproblem gibt. Im Sommer wurden Zählungen auf der oberen Promenade durchgeführt. Dabei wurde festgestellt, dass dort über 3.000 Fahrräder abgestellt wurden.

Die Strandstraße mit ihrer großen Ausbaubreite spricht dafür, dort das Fahrradfahren zuzulassen. Andererseits werden Bereiche benötigt, in denen sich Fußgänger ungehindert bewegen können.

Bezüglich der Parkplatzproblematik erläutert Herr Bakker, dass es durchaus möglich ist, im Bereich der Kurverwaltung und am Georg-Schütte-Platz weitere Kurzzeitparkplätze einzurichten.

Auf Nachfrage von RH Rau bestätigt Herr Bakker, dass die Fußgängerzone jederzeit wieder aufgehoben werden kann. Auch die Probleme bezüglich des Lieferverkehrs werden von ihm nicht so gesehen. Der Großteil der Zulieferer kommt morgens über Eemshaven und kann von 8.00 bis 10.00 Uhr beliefern. In der Fußgängerzone W.-Bakker-Straße/untere Strandstraße hat es diese Probleme auch nicht gegeben.

RH Rau weist darauf hin, dass das Kurviertel einen anderen Charakter hat als die W.-Bakker-Straße und auch einen anderen Nutzerkreis.

Herr Bakker erläutert, dass die Verkehrszählungen ergeben haben, dass schon jetzt nur wenige LKW die Strandstraße befahren sondern vielmehr über die Westerstraße das Kurviertel wieder verlassen.

Der Rat lässt die Wortmeldung von Herrn Rolf Sanders zu.

Herr Sanders gibt zu bedenken, dass es für ältere Bürger beschwerlich wird ihre Geschäfte in der Stadt zu erledigen. Auch das Argument, dass die Personen, die dort wohnen, eine Sondergenehmigung erhalten, zählt nicht, da diese nicht für Taxifahrer gilt.

Von Herrn M. Wolf wird nochmals das Problem der älteren Mitbürger bestätigt, die Anlieger im Postweg sind und dann nicht mehr von dort abgeholt werden können. Außerdem wird von ihm auf das „Nadelöhr Westerstraße“ hingewiesen. Gerade zu den Hauptlieferzeiten könnte es zu großen Problemen kommen, wenn zusätzlich auch noch die Schranken heruntergehen.

Von Herrn Brendel wird die Belieferung der Apotheke angesprochen, die zwingend erforderlich ist. Der Vorschlag der Verwaltung, rückwärts mit der Taxe über den Bahnhof wieder zurückzusetzen, ist nicht realistisch.

Herr Munk weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der Bereich zwischen den Gleisen und dem Hotel Rummeni der Kleinbahn gehört und diese für die Verkehrssicherungspflicht zuständig sind. Notfalls müsste dieser Bereich gesperrt werden.

Von Herrn Bakker wird darauf hingewiesen, dass es durchaus möglich ist, Einzelgenehmigungen für älteren Personen zu erteilen. Gleiches gilt auch für die Apotheke.

RH Pupkes möchte nochmals bestätigt haben, ob es wirklich möglich ist, die Teileinziehung nach einem Jahr wieder aufzuheben.

Herr Bakker bestätigt dies. Wenn der Rat zu der Erkenntnis kommen sollte, dass die Fußgängerzone nicht sinnvoll ist und einen entsprechenden Beschluss fasst, kann die Teileinziehung wieder aufgehoben werden.

BM Lübben erinnert an das teure Verkehrskonzept, welches vom Rat in Auftrag gegeben wurde. Auch dort wurde schon festgestellt, dass auf der Insel zu viele KFZ und Fahrradverkehre stattfinden und dringend eine Verkehrsberuhigung erfolgen muss. Er verweist auch auf die Pläne Borkum 2030 und eine mögliche Umgestaltung des Turmplatzes.

RH de Buhr kritisiert unter Hinweis auf das Verkehrskonzept, dass eine Verringerung der Verkehrsschilder auch nicht umgesetzt wurde.

BM Lübben entgegnet, dass es seitens der Verwaltung immer wieder kontrovers mit dem Landkreis diskutiert wird, ob die Vielzahl der Schilder wirklich erforderlich ist.

Herr Bakker weist darauf hin, dass das Thema „Beschilderung“ im Verkehrsausschuss ausführlich behandelt wurde. Gerne kann nochmals über einen Abbau diskutiert werden. Für die Einrichtung der Fußgängerzone ist allerdings zwingend eine Beschilderung vorgeschrieben.

RH C. Ohlsen bittet in den Beschluss aufzunehmen, dass die Teileinziehung für ein Jahr erfolgt. Außerdem sollte aufgenommen werden, dass im Bereich des Georg-Schütte-Platzes mehr Kurzzeitparkplätze eingerichtet werden.

RH Hüppe bekräftigt nochmals seine Forderung nach umfassenden Verkehrszählungen, damit am Ende des Jahres dem Rat verlässliche Zahlen vorgelegt werden können. Wenn man zu dem Ergebnis kommt, dass eine Entlastungsstraße am Miramar sinnvoll ist, sollte dies durch entsprechendes Zahlenmaterial belegt werden können.

RF Dr. Harms regt in diesem Zusammenhang an, die Schulen in das Projekt „Verkehrszählung“ mit einzubeziehen.

### **Beschluss:**

Der Rat fasst folgende Beschlüsse:

1. Die Strandstraße im Bereich zwischen der Kreuzung Georg-Schütte-Platz und der Einmündung der Goethestraße und die Straße „Alter Postweg“ werden nach § 8 Abs. 1 und 2 des Niedersächsischen Straßengesetzes dergestalt teilweise eingezogen, dass der Bereich für den Verkehr mit Kraftfahrzeugen und Fahrrädern gesperrt wird. Werktäglich ist das Befahren der Straßen mit Kraftfahrzeugen für den Lieferverkehr in der Zeit von 08:00 bis 10:00 Uhr zulässig. Die Teileinziehung gilt für ein Jahr.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Teileinziehung entsprechend zu veröffentlichen, die verkehrsrechtliche Anordnung beim Straßenverkehrsamt zu beantragen und anschließend die Beschilderung vorzunehmen.

**11 Jastimmen und 2 Neinstimmen.**

2. Der Fahrradverkehr wird in 2019 zugelassen.

**11 Jastimmen und 2 Neinstimmen.**

3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Auswirkungen hinsichtlich des Fahrrad- und Kraftfahrzeugverkehrs zu beobachten, zu dokumentieren und nach der Saison 2019 das Thema erneut in dem Verkehrsausschuss zu behandeln und dem Rat die umfassende Analyse über die Verkehrszählungen vorzulegen.

**12 Jastimmen und 1 Neinstimme.**

---

## **13. Grundstücksangelegenheiten**

keine

---

## **14. Anfragen und Anregungen**

RF Dr. Harms weist darauf hin, dass sich viele Bürger gerne an Ratsthemen beteiligen möchten und regt an, eine „App zur Bürgerbeteiligung“ zu installieren. Sie bittet die Verwaltung um Klärung, welche Kosten auf die Kommune zukommen würden.

RF Könzgen-Byl spricht den Schrottplatz am Hafen an.

BM Lübben berichtet, dass der Pächter angeschrieben und zur Abhilfe aufgefordert wurde. Außerdem wurde der Pachtvertrag fristgerecht zum 31.12.2019 gekündigt. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass eine fristlose Kündigung erfolgt, wenn das Gelände nicht bis zum 15.01. geräumt wird.

RF Dr. Harms weist darauf hin, dass dann auch eine andere Möglichkeit der Entsorgung angeboten werden muss für den Bürger.

RH de Buhr weist darauf hin, dass eine Entsorgung über die Mülldeponie möglich ist. Ferner wird von ihm angemerkt, dass auch die Stadt ihren Schrott auf der Fläche van Gerpen abgeliefert hat.

BM Lübben erklärt, dass er anordnen wird, dass die Stadt keinerlei Schrott mehr abliefern wird.

RF Könzgen-Byl spricht die Verbreiterung der Ostfriesenstraße an, die jetzt immer mehr zur Rennstrecke wird. Sie regt an, zur Verkehrsberuhigung Poller oder ähnliches aufzustellen. Herr Bakker weist darauf hin, dass es sich um eine 30er-Zone handelt und Zebrastreifen nicht zulässig sind. Schwellen übertragen sehr viel Lärm und das Straßenverkehrsamt rät davon ab. Einzige Möglichkeit wäre, einen Hinweis auf die 30 km/h auf der Straße anzubringen.

RF Könzgen-Byl erkundigt sich nach dem Ergebnis in Sachen „Emsvertiefung“ und „Lotsenpflicht“.

BM Lübben berichtet, dass die Niederländer die Lotsenpflicht aufweichen möchten und die Stadt sich schriftlich dazu geäußert hat. Eine Antwort liegt allerdings noch nicht vor. In Sachen Emsvertiefung wurde Borkum bei dem sog. „runden Tisch“ trotz schriftlicher Eingaben leider nicht berücksichtigt.

RF Könzgen-Byl möchte wissen, ob die Ergebnisse von NSI Consult dem gesamten Rat vorgestellt werden.

BM Lübben erklärt, dass zunächst eine Präsentation im Arbeitskreis Haushalt erfolgt. Wenn dort gewünscht wird dies auf den gesamten Rat auszudehnen, erfolgt dies. RH Hüppe vertritt die Auffassung, dass nicht unbedingt im Vorfeld der Arbeitskreis informiert werden muss. Der gesamte Rat könne auch direkt informiert werden.

Zum Thema Verkehrsgeschwindigkeiten und Autostopper wird von RH Ebner darauf hingewiesen, dass die vorgeschriebenen Geschwindigkeiten nicht beachtet werden. BM Lübben berichtet in diesem Zusammenhang über einen Besuch bei Polizeidirektor Lind in Leer. Dort wurden mehr Geschwindigkeitsmessungen gefordert und auch verstärkt Kontrollen der Gewichtsbegrenzungen. Priorität hat allerdings seitens der Polizei Kriminalitätsbekämpfung. Das Aufstellen von Pollern oder ähnlichem hält er für überzogen. Von RH D. Ohlsen wird in diesem Zusammenhang auf eine verstärkte Geräuschkulisse durch den Einbau von Schwellen etc. hingewiesen.

Von RH Hüppe wird nochmals das Thema DSGVO angesprochen. Er möchte wissen, wie der Arbeitskreis mit den Befreiungen umgeht. Wie kann der Vermieter sicher sein, dass der Gast auch den Befreiungstatbestand erfüllt.

BM Lübben weist darauf hin, dass der Punkt in der letzten Sitzung ausführlich von der Kämmerin beantwortet wurde.

RF Sell weist darauf hin, dass Teilnehmer von Sportveranstaltungen eine Teilnehmerbescheinigung vom Veranstalter erhalten. Diese muss er seinem Vermieter vorlegen und ist dann vom Kurbeitrag befreit.

Nach Auffassung von RH Hüppe müsste der Veranstalter verpflichtet werden, die Teilnehmerbescheinigung vorab an die Teilnehmer zu versenden.

RH Hüppe bittet um Klärung, inwieweit sich ein Vermieter strafbar macht, wenn er eine Kurbeitragsanmeldung ausfüllt und sich im Nachhinein herausstellt, dass der Gast zu 100 % befreit ist.

BM Lübben sichert eine Überprüfung zu.

RH Rau spricht die veraltete Eisenbahnbrücke in Emden an sowie mögliche Probleme bezüglich der Saison 2019 und möchte wissen, ob diese Situation auf der Inselkonferenz erörtert wurde.

BM Lübben erläutert, dass bislang keine Probleme bekannt waren. Sollte dies der Fall sein, wird die Verwaltung tätig werden.

RH Rau vertritt die Ansicht, dass die Verlässlichkeit des Bahnreisenden, hier vernünftig anzureisen, für die Insel sehr wichtig ist.

RH Rau verweist auf Presseberichte wonach landeseigene Grundstücke zur Bebauung freigegeben werden sollen und möchte wissen, inwieweit dies auf Borkum zutrifft. Laut BM Lübben ist Borkum nicht betroffen, da derartige Flächen hier nicht vorhanden sind.

RH C. Ohlsen erkundigt sich nach dem Zustand des Grundstückes Tasto in der Franzosenschanze. Dort soll angeblich Wohnnutzung stattfinden.

Stadtbaumeister Hosemann berichtet, dass der Landkreis bereits angeschrieben und aufgefordert wurde, eine eventuelle Wohnnutzung zu unterbinden. Dem Hinweis wird aber nochmals nachgegangen.

In diesem Zusammenhang führt er aus, dass seinerzeit der B-Plan 51 „Binnenwiesen“ aufgestellt werden sollte, dann aber zur Beratung in die Fraktionen zurückgegangen ist. Die Verwaltung wird in 2019 das Thema erneut aufgreifen.

RH de Buhr möchte wissen, ob es zutrifft, dass sich Bürgermeister und Geschäftsführer bereits mit einem Investor treffen und Gespräche über einen Neubau des Hotels Miramar treffen. Es liegt bereits ein „Zeitstrahl“ vor, wonach 2019 das Grundstück erworben, 2020 eine B-Plan-Änderung durchgeführt und die Neueröffnung 2022 erfolgen soll. Gleichzeitig soll im Rahmen einer Interfraktionellen Sitzung über den Verkauf des Grundstücks und die Änderung des B-Planes beraten werden.

Seine Fraktion ist grundsätzlich gegen Interfraktionelle Sitzungen, in denen Themen erörtert werden, die nicht in der Öffentlichkeit diskutiert werden sollen. Auch ist schon eine Behandlung im Aufsichtsrat erfolgt, wo er eine Beratung nicht vermutet hätte.

RH de Buhr stört ferner, dass dem Borkumer alles verboten wird bzw. auferlegt wird, möglichst klein zu bauen, dort aber ein Großprojekt zulassen will, weil es sich dann nur rechnen lässt.

Man sei zwar für ein Fortschreiten der Insel, ob aber ein 4-Sterne-S Hotel dort entstehen muss, sei dahingestellt.

Er sei für Offenheit und Transparenz und habe nichts gegen eine Verschönerung, aber es sollten dort nicht noch zwei zusätzliche Etagen entstehen.

RH de Buhr stellt die Frage, ob es schon entsprechende Gespräche mit Investoren gibt. Außerdem ist er verwundert über den „Zeitstrahl“ eines Architekten, bis wann welche Aufgaben abgearbeitet sein sollen.

BM Lübben erwidert, dass es immer wieder Anfragen von Interessenten zu Grundstücken, Objekten etc. gibt. Dazu gehört dann, dass man sich im Vorfeld über die Vorhaben informiert und im Rahmen einer Interfraktionellen Sitzung im Rat unvoreingenommen über Projekte informiert. Herr Walter ist bei ihm gewesen und hat sich darüber informiert, welche Möglichkeiten es auf dem Grundstück gibt. Auch Herr Sell war beteiligt, da hier auch touristische Aspekte hineinspielen. Erst danach erfolgt im Rat die Behandlung über mögliche B-Plan-Änderungen und Verkäufe. Hier wird nichts an der Öffentlichkeit vorbei entschieden.

RH de Buhr kritisiert, dass hier in nichtöffentlicher Sitzung beraten wird, während jeder Borkumer einen Bauantrag einreichen muss, über den in öffentlicher Sitzung beraten wird. Auch RH Rau ist irritiert darüber, dass schon eine Behandlung im Aufsichtsrat erfolgt ist.

GF Sell erklärt, dass wenn sich ein potentieller Interessent an den Geschäftsführer und den Bürgermeister wendet und um ein Gespräch bittet, wird man sich nicht dagegen wenden. Vom Investor wurden zwei Möglichkeiten vorgestellt. Zum einen erfolgt eine Sanierung im Bestand. Zum anderen könnte er sich eine Entwicklung unter Einbeziehung des Nachbargrundstückes vorstellen, welches zurzeit der Stadt gehört. Wenn die zweite Variante denkbar wäre, braucht der Investor ein gewisses Zeitfenster, da ansonsten eine Sanierung im Bestand erforderlich ist. Es handelt sich hier nicht nur um eine rein bauliche Situation, sondern es geht dabei auch um finanzielle Fragen und auch – und darum wurde auch die Nordseeheilbad GmbH beteiligt – wie verhält sich ein derartiges Objekt zu der bestehenden Hotellerie.

Im Aufsichtsrat erfolgte keine Diskussion und Beschlussfassung sondern lediglich eine Kenntnisgabe.

RH Müller weist darauf hin, dass Interfraktionelle Sitzungen der Information der Ratsmitglieder dienen und anschließend erfolgt die Behandlung in öffentlicher Sitzung.

RH Müller weist darauf hin, dass es im Bereich der Gaststätte Alt Borkum zu Verkehrsfährdungen kommt, da der Einmündungsbereich schlecht einsehbar ist. Herr Bakker berichtet, dass die Problematik bereits erörtert wurde. Der Eigentümer wird jetzt aufgefordert, die Hecke auf 80 cm herunterzuschneiden. Zusätzlich kann ein Verkehrsspiegel aufgestellt werden.

RH Rau äußert sich positiv über den Laufdielenweg hinter der Ronden Plate.

RH de Buhr weist darauf hin, dass der Weg derzeit aufgrund der hohen Wasserstände nicht begehbar ist und aufgrund der Tatsache, dass die Rohre entfernt wurden, das Wasser nicht mehr abfließen kann.

RH Rau regt an, hier Abhilfe zu schaffen.

Von Stadtbaumeister Hosemann wird erläutert, dass es Sinn der Maßnahme war, den Schotter zu entfernen und die Rohre wegzunehmen, um einen Austausch des Wassers in die Salzwiesen zu gewährleisten.

---

## **15. Anfragen der Zuhörer(innen)**

Zum Thema „Gästebeitrag“ und Ausstellen von Bescheinigungen über Teilnahme an Veranstaltungen wird von Frau S. Wegmann darauf hingewiesen, dass z.B. die angemeldeten Teilnehmer des Meilenlaufes vorab eine Teilnahmebescheinigung erhalten und somit diese beim Vermieter vorzeigen können.

Bezüglich der Erhebung des Gästebeitrages für Kinder von Borkumern findet sie die derzeit geltende Regelung als Diskriminierung und eine Geringschätzung der Familie und sollte nochmals überdacht werden.

RH Müller  
Stellv. Ratsvorsitzender

Ulpts  
Protokollführung

Lübben  
Bürgermeister